



## Amtsgericht Weinheim

### Beschluss

In dem Strafverfahren gegen

Klaus Günter **Annen**,

[REDACTED] Staatsangehörig-  
keit: deutsch, wohnhaft: Cestarostraße 2, 69469 Weinheim

Verteidiger:

Rechtsanwalt Leo **Lennartz**, Ursulinenstr. 19, 53879 Euskirchen, Gz.: 2015/00035-Le/-Eh

wegen Übler Nachrede

hat das Amtsgericht Weinheim durch die Richterin Dr. Micha am 10.11.2015 beschlossen:

Der Antrag der Staatsanwaltschaft auf Erlass des Strafbefehls vom 29.10.2015 wird abgelehnt.

Die Kosten des Verfahrens und die notwendigen Auslagen des Angeschuldigten werden der Staatskasse auferlegt.

### Gründe:

Das Gericht erachtet den Angeschuldigten für nicht hinreichend verdächtig gem. § 408 Abs. 2 S. 1 StPO, und zwar aus rechtlichen Gründen.

Zutreffend hat die Staatsanwaltschaft die im Strafbefehl wiedergegebenen Äußerungen des Angeschuldigten als Tatsachenbehauptungen qualifiziert. Denn die dort bezeichnete Aussage, die der Angeschuldigte der Geschädigten Dr. Baka-Pauer zuschreibt, ist in ihrem Gehalt einer objektiven Klärung zugänglich und kann als etwas Geschehenes mit den prozessualen Möglichkeiten festgestellt werden (vgl. Schönke/Schröder, StGB, 29. Aufl. 2014, § 186 Rn. 3). In der Äußerung

mit enthalten ist ein Werturteil, wenn der Begriff „Abtreibung“ durch den Begriff „Stapfs Blutgeldgeschäfte“ paraphrasiert wird, welcher jedoch, wie von der Staatsanwaltschaft zutreffend erkannt, nicht überwiegt (vgl. Fischer, StGB, 62. Auflage 2015, § 186 Rn. 3). Insoweit handelt es sich um eine schlagwortartig verkürzte Darstellung der ärztlichen Tätigkeiten des Dr. Stapf, welche in den Hintergrund tritt (vgl. BayObLG, NJW 1995, 2501 ff.).

Maßgeblich für die Beurteilung der Äußerung gem. § 186 StGB ist der durch Auslegung zu ermittelnde Tatsachenkern, wobei nicht nur Wortlaut und Form, sondern auch der Kontext und der gesamte Kommunikationszusammenhang zu berücksichtigen sind (Schönke/Schröder, StGB, 29. Aufl. 2014, § 186 Rn. 4). Der Angeschuldigte kritisiert auf seinem Internetauftritt „www.babycaust.de“ die derzeitige Praxis und Rechtslage in Deutschland betreffend Abtreibungen, auch indem er Parallelen zum Holocaust-Geschehen zieht, sowie involvierte Personen, und berichtet in der Rubrik „Aktuell“ über das dies betreffende Tagesgeschehen. Insofern wird die Haltung des Angeschuldigten zum Thema Abtreibung dem unbefangenen, objektiven Leser unvermittelt deutlich. In dem am 30.10.2014 auf seinem Internetauftritt [www.babycaust.de](http://www.babycaust.de) eingetragenen Artikel „Wird das Nobel-Maybach-Center Stuttgart die neue Herberge einer Tötungs-Klinik?“ (Bl. 65 f. d.A.) berichtet der Angeschuldigte über den geplanten Abschluss eines Mietvertrages über Räume im Maybach-Center zwischen der FLE-GmbH und Dr. Stapf. In diesem Kontext ist zu beachten, dass der Angeschuldigte von der behaupteten Äußerung der Geschädigten lediglich die Worte „kein Problem“ in Anführungszeichen setzt und somit lediglich diesen Satzteil als Zitat kennzeichnet. Der Rest des Satzes wird nicht als wörtliches Zitat gekennzeichnet, so dass der unbefangene, objektive Dritte ohne Schwierigkeiten erkennen kann, dass die Worte „Stapfs Blutgeldgeschäfte“ eine Wertung des Angeschuldigten betreffend die von Dr. Stapf vorgenommenen Abtreibungen darstellen, somit einen Wertungsexzess der objektiven Tatsachen.

In Ergebnis ist objektiv behaupteter Tatsachenkern daher, dass die Geschädigte Dr. Baka-Pauer mit dem Betrieb einer Praxis von Dr. Stapf in Räumlichkeiten der FLE-GmbH kein Problem habe.

Die Tatsache, dass die Eingabe des Namens der Geschädigten in Google die Internetseite des Angeschuldigten auf Platz fünf der ersten Seite der Ergebnisliste erscheinen ließ (Bl. 72 d.A.), ändert an dieser Auslegung nichts. Von den neun Suchergebnissen zum Begriff „Dr. Bernadett Baka-Pauer“ beziehen sich eine auf deren berufliche Stellung sowie fünf weitere auf eine Veröffentlichung der Geschädigten. Zwei Ergebnisse beziehen sich auf den verfahrensgegenständlichen Eintrag des Angeschuldigten auf dessen Internetauftritt „www.babycaust.de“, ein weiteres auf eine Facebook-Seite von Frau Koller, welche offenbar die Seite des Angeschuldigten zitiert. Dem ungefangenen objektiven Dritten, welchem sich diese Ergebnisliste präsentiert, wird sich die in-

haltliche Diskrepanz zwischen diesen Ergebnissen aufdrängen. Aufgrund der drastischen Wortwahl des Angeschuldigten wird er in dessen Internetauftritt weiter recherchieren, somit den Kontext ermitteln, und zu der oben dargestellten Einschätzung bezüglich des objektiven Tatsachenkerns gelangen. Dies gerade weil allgemein bekannt ist, dass die Einträge, postings etc. im Internet in der Regel keiner inhaltlichen Kontrolle unterliegen und somit Quellen zu überprüfen sind.

Der oben dargestellte objektive Tatsachenkern ist jedoch nicht geeignet, die Geschädigte verächtlich zu machen oder in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen gem. § 186 StGB. Gemeint ist in beiden Fällen die Zuschreibung ehrenrühriger Tatsachen, welche objektiv geeignet sein muss, das Opfer in der öffentlichen Meinung, also in der Meinung eines größeren, nicht geschlossenen Teils der Bevölkerung, als verachtenswert erscheinen zu lassen (Fischer, StGB, 62. Auflage 2015, § 186 Rn. 4). Nach Auffassung des Gerichts hat die Mehrheit der in Deutschland lebenden Bevölkerung eine neutrale bis befürwortende Haltung zur bestehenden Praxis und Rechtslage betreffend Abtreibungen. Würde die Strafbarkeit von Abtreibungen gegenüber der bestehenden Rechtslage erhöht, entstünden gravierende negative Folgen (hierzu ausführlich OLG Karlsruhe, NJW 2005, 612 ff.). Wenn bereits die Vornahme von Abtreibungen in der öffentlichen Meinung nicht mit einem negativen Werturteil belegt wird (so auch OLG Karlsruhe, NJW 2005, 612 ff.), dann ist dies auch bei der Vermietung von Immobilien an einen Arzt, der in den Räumlichkeiten Abtreibungen durchführen wird, nicht der Fall.

Dass die öffentliche Aufmerksamkeit, die der Artikel des Angeschuldigten auslöste (Bl. 49 f.), der Geschädigten unangenehm gewesen sein mag, ist - zivilrechtliche Ansprüche seien dahingestellt - daher ohne strafrechtliche Relevanz.

Die Kostenentscheidung folgt aus § 467 Abs. 1 StPO analog.

Dr. Micha  
Richter

Ausgefertigt

Weinheim, 20.11.2015



Mildebrath

Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle